

**zu TOP .....**

Mainz, 24.01.2014

## **Anfrage 1849/2011 zur Sitzung Stadtrat am 02.11.2011**

### **Einhaltung der Pfandpflicht für Einwegverpackungen (SPD)**

Seit dem 01. Januar 2003 gilt in Deutschland die Pfandpflicht für Einwegverpackungen von Getränken, die auch in Mehrwegflaschen angeboten werden. Die Verpackungsordnung bildet die gesetzliche Grundlage für das umgangssprachlich auch Dosenpfand genannte System.

Die gültige Verordnung schreibt ein Pfand von 25 Cent für Einwegverpackungen vor. Dies gilt sowohl für Dosen und Flaschen, unabhängig ihrer Größe. Hierbei spielt es keine Rolle, ob das Behältnis im Inland oder Ausland abgefüllt worden ist, sobald es in Deutschland verkauft werden, unterliegt es der Pfandpflicht.

Oftmals werden in kleinen Kiosken und Imbissbuden importierte Einweg-Getränkedosen verkauft ohne Pfand zu erheben. In der Folge stellt man fest, dass diese Dosen leider nicht entsorgt werden, sondern vermehrt auf Gehwege und Straßen und in Grünanlagen landen.

Neben den Aspekten des Umweltschutzes und der Stadtbildpflege, stellt die Nichteinhaltung des Dosenpfandes auch eine Wettbewerbsverzerrung dar. Durch die Einführung des Dosenpfandes ist den Einzelhändlern und Gastronomen ein vermehrter Aufwand durch den Betrieb von Rücknahmeanlagen bzw. der Vorhaltung von Lagerflächen entstanden, die sich an die gültige Verordnung halten. Durch die Missachtung der Verordnung schaffen sich hier einige Händler bzw. Gastronomen zu Unrecht einen Wettbewerbsvorteil.

#### **Wir fragen die Verwaltung:**

1. Welche Behörde ist für die Kontrolle der Pfandpflicht für Einwegverpackungen zuständig?

2. Werden in Mainz Kontrollen zur Einhaltung der Pfandpflicht für Einwegverpackungen durchgeführt?
  - a. Wenn ja, in welcher Häufigkeit finden die Kontrollen statt und sind Verstöße festgestellt worden?
  - b. Wenn nein, warum finden keine Kontrollen statt?
3. Welche Maßnahmen müssen Einzelhändler bzw. Gastronomen erwarten, wenn die gegen die Einhaltung der Pfandpflicht für Einwegverpackungen verstoßen?
4. Welchen Handlungsbedarf sieht die Verwaltung in dieser Angelegenheit?

Oliver Sucher, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion